

Stadt Bern geht bei Klimaschutz voran

Klimapolitik Auch die Berner Stadtregierung will symbolisch den «Klimanotstand» ausrufen. Vor allem aber schnürte sie ein ehrgeiziges Paket von Massnahmen zum Klimaschutz auf Gemeindeebene.

Simon Thönen

Über den Dächern Berns auf dem Münsterturm präsentierte der Berner Gemeinderat in corpore sein Paket für den Klimaschutz – um 5 vor 12 Uhr mittags. Doch wer angesichts des hoch symbolischen Rahmens die Ankündigung von Symbolpolitik erwartet hatte, sah sich getäuscht.

Zwar liess Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) keinen Zweifel offen, dass die Stadtregierung im Hinblick auf die Klimadebatte im Stadtrat vom 6. Juni die symbolische Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen wird. «Das Klima ist in Not», sagte er – und an die Adresse der Klimajugend: «Der ganze Gemeinderat steht auf eurer Seite, und ja: Wir sind bereit!»

Auch das mit solchem Pathos vorgestellte Klimapaket enthält Symbolisches. So etwa ein grundsätzliches Flugverbot für Stadtangestellte, welche dienstlich wohl nur wenig fliegen. Etliche der 22 Massnahmen, die bis 2035 umgesetzt werden sollen, sind aber griffig, teilweise einschneidend. Sie werden das Heizen mit Öl und den Autoverkehr einschränken.

So sollen die öffentlichen Parkplätze in der Stadt halbiert und das Parkieren auf den verbleibenden für Autos ohne umweltfreundliche Antriebe verteuert werden. Auf städtischen Strassen soll möglichst generell Tempo 30 gelten (Text Mitte).

Bürgerliche Opposition

Auch wenn die FDP versucht, eine neue Klima-Position zu finden – das vorgestellte Klimapa-

ket lehnt Bernhard Eicher, FDP-Fraktionschef im Stadtrat, ab. «Es handelt sich in erster Linie um heisse Luft», sagt er. Die Massnahmen gegen den Autoverkehr etwa seien schon lange angekündigt – für Eicher sind sie Ausdruck einer «ideologischen Haltung gegen den Privatverkehr». Er vermisse eine Unterstützung «der vielen kreativen Berner Unternehmer im Klimabereich. Da könnte man einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, weit über die Stadt Bern hinaus.» Ähnlich äussert sich SVP-Fraktionschef Alexander Feuz. Die Massnahmen seien kontraproduktiv. «Wenn man überall Parkplätze aufhebt, gibt es bloss viel zusätzlichen Suchverkehr.»

Viele der 22 Massnahmen müssen vom Volk bewilligt werden. Der Gemeinderat zeigte sich gestern zuversichtlich. Er verwies auf das Energiegesetz, das an der Urne im Kanton knapp scheiterte, in der Stadt aber klar gutgeheissen wurde.

Weniger Autofahren und mit grüner Energie heizen Mit dem Klimapaket der Berner Stadtregierung soll der CO₂-Ausstoss drastisch sinken.

Im Jahr 2035 sollen die Stadtberner pro Kopf und Jahr im Durchschnitt nur noch eine Tonne des Treibhausgases CO₂ ausstossen. So lautet die Zielvorgabe im Klimapaket des Berner Gemeinderates. Zum Vergleich: Heute sind es noch fünf Tonnen CO₂. In den letzten zehn Jahren ist der durchschnittliche CO₂-Ausstoss um eine Tonne gesunken.

Dieses Ziel ist allerdings weniger radikal, als es scheint. Es bezieht sich nur auf den CO₂-Ausstoss, der auf Berner Stadtboden entsteht. Ausgeblendet wird etwa die graue Energie: der CO₂-Ausstoss, der bei der Produktion der Waren entsteht, welche importiert werden. Aber auch der – erhebliche – Verkehr auf den Autobahnen rund um Bern wird, da nicht in städtischer Zuständigkeit, nicht einberechnet.

Es geht um insgesamt 22 zusätzliche Massnahmen sehr unterschiedlicher Art, die bis 2035 umgesetzt werden sollen. Viele müssen vom Stadtrat, oft auch vom Volk beschlossen werden. Etliche werden auch die Stadtkasse belasten, die Rede war von einem insgesamt dreistelligen Millionenbetrag. Sie lassen sich grob in die drei Kategorien einteilen: gewichtige, innovative und symbolische Klimapolitik.

Gewichtige Klimapolitik

Verbindliche Massnahmen sind in den Bereichen Energie und

Verkehr geplant.

— **Fernwärme und Lenkungsabgabe** Die Wärme für das städtische Fernwärmenetz wird grösstenteils mit erneuerbarer Energie (Holz und Abfallverbrennung) erzeugt. Der Ausbau des Netzes könnte beschleunigt werden, falls die Stadt sich finanziell beteiligt. Eine Lenkungsabgabe auf Erdgas wird geprüft, um den Umstieg auf erneuerbare Energie zu beschleunigen.

— **Parkplätze** Es gibt über 100 000 Parkplätze in der Stadt Bern, davon gut 17 000 öffentliche. Die Anzahl der Letzteren soll halbiert werden, insbesondere auch bei städtischen Schul- und Sportanlagen. Die Tarife für die verbleibenden Parkplätze sollen steigen – allerdings nicht für umweltfreundlichere Autos mit Elektro-, Hybrid- oder Biogasantrieb. Mit den Mehreinnahmen würde der ÖV oder das Veloleihsystem verbilligt. Bei Neubauten sollen nur noch ein Parkplatz für fünf Wohnungen (oder 0,2 Plätze pro Wohnung) erstellt werden. Gratisparkplätze für Stadtangestellte werden abgeschafft.

— **Tempo 30** Auf dem städtischen Strassennetz, also ohne die Kantonsstrassen in Bern, soll möglichst generell Tempo 30 gelten. Zugunsten des Veloverkehrs, des ÖV, aber auch des Gewerbeverkehrs sollen Fahrspuren für Autos aufgehoben werden. Der Verleih von Velos, Transportvelos und das Autosha-

ring werden gefördert.

— **Autofreie Innenstadt** Die Innenstadt soll ganz autofrei werden, dazu muss aber die Warenanlieferung neu organisiert werden.

— **Öffentlicher Verkehr** Die Busse von Bernmobil sollen bis 2040 schrittweise vermehrt auf Elektroantrieb umgestellt werden. Verbilligte Abos sollen Jugendliche mit dem ÖV vertraut machen.

— **Subventionierte Betriebe** Sie werden zum Klimaschutz verpflichtet.

Innovative Massnahmen

— **Fonds für Nahwärme** Die Stadt will zusammen mit dem Bund und dem Verband Swissscleantech Finanzierungsmodelle für Nahwärmenetze mit erneuerbarer Energie testen.

— **Vermögensanlage** Das Vermögen der Stadt wird klimaneutral angelegt.

— **Anpassung** Die Stadt soll, etwa mit Begrünung, für kommende Hitzewellen und Wetterextreme gerüstet werden.

Symbolisches

— **Flugverbot für Stadtverwaltung** Nur ausnahmsweise sollen Stadtangestellte und Gemeinderäte dienstlich fliegen.

— **Autofreie Sonntage** Sie sollen, wie in vielen Städten, auch in Bern grossflächig durchgeführt werden. (st)